



Stadt der Kinder in Rathenow



Diana Golze in ihrem mobilem Wahlkreisbüro in der Region unterwegs.

## Atomausstiegsgesetz ist unsozial und unökologisch

Die Ernsthaftigkeit der Energiewende der schwarz-gelben Koalition ist äußerst zweifelhaft. Das erkennt man am Beschluss des Bundestages zum Atomausstieg bis 2022 und der Weigerung, ein Verbot der Nutzung von Atomenergie ins Grundgesetz zu schreiben. Wieder einmal hat sich die Bundesregierung einzig an den Profitinteressen der Atomkonzerne zu orientiert, statt sich auf die sichere Lagerung des Atommülls zu konzentrieren. Das Energiepaket ist für DIE LINKE unsozial und unökologisch. Eva Bulling-Schröter fordert jetzt von der so genannten Klimakanzlerin eine Vorbildwirkung beim Petersberger Klimadialog II, weil die Zeit davonrennt. Für die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE gehört dazu, dass Deutschland sofort aufhört, "bei der EU um Subventionen für neue Kohlekraftwerke und seine energieintensive Industrie zu betteln."

Steuergerechtigkeit statt Rettungspaket für die FDP

Die drei Vorsitzenden der Regierungsparteien CDU, CSU und FDP wollen die Steuern

im Jahr 2013 senken. Die Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen geht nur, wenn gleichzeitig der Spitzensteuersatz erhöht und die Vermögenssteuer wieder eingeführt wird. DIE LINKE hat dafür ein seriöses Modell vorgelegt. Es reißt keine neuen Löcher in die öffentlichen Haushalte und entlastet Einkommen, die unter 70.000 Euro Jahreseinkommen liegen.

Weitere Einnahmeverluste verkräften Bund, Länder und Kommunen nicht, die jetzt schon nicht mehr wissen, wie sie ihre freiwilligen Aufgaben finanzieren sollen. Eine Steuersenkung, wie sie die Bundesregierung jetzt für 2013 angekündigt, bringt wenig und schadet viel. Sie belastet erneut die Länder und Kommunen, denen schon jetzt die Mittel für soziale Infrastruktur, für Schulen, Kitas und Krankenhäuser fehlen. Für ein Notopfer an die FDP steht DIE LINKE im Land und im Bund nicht zur Verfügung. Wir werden die populistischen Ankündigungen der Bundesregierung im Bundesrat nicht mittragen.

### Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Fon: 030 / 22 77 23 29  
Fax: 030 / 22 77 63 29  
E-Mail: [diana.golze@bundestag.de](mailto:diana.golze@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow  
Fon: 0 33 85 / 49 45 21  
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros  
finden Sie unter: [www.diana-golze.de](http://www.diana-golze.de)

# Newsletter 7

Juli 2011, Nr.

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

DIE LINKE ist gegen eine weitere Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten. Die vorgeschlagene Diätenerhöhung hält DIE LINKE für nicht verhältnismäßig. Bei Hartz IV verweigern die Regierenden einen menschenwürdigen Regelsatz, Altersrenten sind in diesem Jahr um ein mageres Prozent gestiegen und um Steuersenkungen wird wie auf dem Basar gefeilscht. Die Abgeordneten der Koalition aber wollen sich ein Plus von fast 600 Euro genehmigen. Das ist instinktlos, unsozial und ungerecht.

Der Vorschlag, nunmehr eine unabhängige Kommission zur Reform der Altersvorsorge einzusetzen, findet die Unterstützung der LINKEN, kommt jedoch reichlich spät und erweckt eher den Eindruck, den Bürgern die Diätenerhöhung schmackhaft machen zu wollen. DIE LINKE wird einen Antrag in den Bundestag einbringen, mit dem eine umfassende Überprüfung des Abgeordnetenrechts gefordert wird. Es geht dabei um die transparente Regelung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften sowie um eine Reform der Abgeordnetenentschädigung und -versorgung. Dass die Abgeordneten z.B. keinen eigenen Beitrag zu ihrer sozialen Absicherung im Alter leisten, kann nicht länger hingenommen werden.

Ihre  
Diana Golze

## Spruch des Monats

Auch wenn mehr Geld nicht automatisch klüger macht,  
kann zu wenig Geld an der richtigen Stelle dümmer machen.

## TERMINE

**20.07., 9.30 - 11 Uhr**  
Frühstück für Jedermann,  
Brandenburg an der Havel,  
Geschäftsstelle

**23.07., ab 14 Uhr**  
Fiesta de Solidaridad,  
Berlin Lichtenberger Parkaue

**19.-24.07.,**  
Sommeruni der Europäischen  
Linken

**12.08., 14 - 15 Uhr**  
Eröffnung des Oberbürger-  
meisterwahlkampfes der  
LINKEN in Brandenburg an  
der Havel, Große Brücke am  
Altstadt Bahnhof

Ich wünsche allen Leserin-  
nen und Lesern einen  
wunderschönen Sommer und  
allen Kindern tolle Ferien!

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

## Keine Panzer an Saudi Arabien: Parlament muss ein klares Stoppzeichen setzen

Union und FDP haben mit ihrer Mehrheit die drei Anträge abgeschmettert, in denen DIE LINKE, SPD und Grüne fordern, den Export von 200 Panzern an Saudi Arabien zu stoppen. Vielleicht hätten Sie in der Union und in der FDP einmal kurz über die deutsche Geschichte nachdenken müssen. Dann hätten Sie vielleicht begriffen, dass es eine Schlussfolgerung nach dem Zweiten Weltkrieg hätte geben müssen - dass wir nie wieder an Kriegen verdienen wollen. Und Sie praktizieren exakt das Gegenteil! Ich halte das für einen einzigartigen Skandal und meine, dass das Parlament hier ein klares Stoppzeichen setzen muss. Jetzt ist das Parlament gefragt, und jetzt muss es auch handeln.

Die Panzerlieferung macht die gesamte deutsche Außenpolitik völlig unglaubwürdig. Diese Regierung hat uns gerade erklärt, dass sie den arabischen und nordafrikanischen Frühling in jeder Hinsicht unterstützt. Wenn Sie gleichzeitig entscheidet, auch Waffen

an ein Land zu liefern, das im Nachbarstaat einmarschiert ist, um die Demokratie- und Freiheitsbewegung zusammenzuschließen, macht sie sich restlos unglaubwürdig.

Saudi-Arabien gibt mehr Geld für Militär aus als jedes andere Land in der Region, sogar mehr als der Iran, Israel, Irak und Ägypten zusammen. Allein im Jahr 2010 43 Milliarden Dollar.

In Saudi-Arabien gibt es nicht einmal im Ansatz eine Gleichstellung von Frauen und Männern. Frauen ist das Fahren von Pkw untersagt. Frauen unterliegen einer gesetzlichen männlichen Vormundschaft, bis zur Ehe in der Regel der des Vaters, danach der des Ehemanns. Saudi-Arabien ist eine der schärfsten Diktaturen der Welt.

Wenn Deutschland in seiner Außenpolitik, in seiner Menschenrechts- und Demokratiepoltik nicht jede Glaubwürdigkeit verlieren will, dann muss der Export von 200 Panzern nach Saudi-Arabien gestoppt werden.

## LINKE kritisiert Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung

Die Fraktion DIE LINKE fordert einen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit und eine Neugestaltung des von der Bundesregierung regelmäßig herausgegebenen Armuts- und Reichtumsberichts. Im Antrag (17/6389) wird die bisherige Armuts- und Reichtumsberichterstattung als „vernichtendes Zeugnis“ langjähriger Regierungspolitik bezeichnet.

Die Abgeordneten beklagen, dass die umfangreichen Berichte die Folgen bestimmter politischer Maßnahmen auf die Armutsentwicklung bislang nicht untersuchen. Ferner fehlt eine Analyse der Kosten, die durch Armut und soziale Ungleichheit produziert werden. „Die Einführung einer nationalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung hat den Prozess

der sozialen Spaltung dokumentiert, aber nicht aufhalten können“, schreibt die Fraktion.

Deshalb fordert sie unter anderem, dass in den Berichten künftig konkrete Handlungsanleitungen zur Vermeidung von Armut ausgeführt und „repräsentative, aussagekräftige und vergleichbare Daten“ in den Mittelpunkt der politischen Schlussfolgerungen gestellt werden. Ein eigenständiges Kapitel solle zudem den Zusammenhang zwischen Einkommens- und Vermögensverteilung und sozialer Integration analysieren. Die Abgeordneten fordern, den Vierten Armuts- und Reichtumsbericht zum Anlass zu nehmen, ein umfassendes Programm zur Beseitigung von Armut auszuarbeiten.

## Mängel bei Mutter-/Vater-Kind-Maßnahmen nicht verharmlosen

Die anderen Fraktionen sprechen angesichts der scharfen Kritik des Bundesrechnungshofes, der „Willkür“ und „Intransparenz“ feststellt, verharmlosend von „Defiziten“ oder „unbefriedigender Entwicklung“: Das ist eine Verhöhnung der Mütter und Väter, denen notwendige Kuren von den Krankenkassen unrechtmäßig vorenthalten wurden. Hier ist beherztes Handeln gefragt und keine Beschwichtigung. Die Bundesregierung handelt aber lieber nach der Devise „Gut, dass wir darüber geredet haben“. Das ist völlig unzureichend. Es ist Zeit zu handeln. DIE LINKE fordert einen Gesetzesentwurf zu den Mutter-/Vater-Kind Maßnahmen mit transparenten Bewilligungskriterien und Prüfung der Krankenkassen auf Einhaltung gesetzlicher Regelungen sowie die regelmäßige Berichterstattung an den Bundestag.

Dass Krankenkassen sich weigern, Müttern und Vätern dringend benötigte Kuren zu bewilligen, ist nicht hinnehmbar. Der Grund liegt im ruinösen Wettbewerbsdruck der Krankenkassen. Sie versuchen um jeden Preis, Zusatzbeiträge (Kopfpauschalen) zu vermeiden und damit ihre finanzielle Situation zu stabilisieren. Wenn nicht endlich eine zukunftsfähige Finanzierung der Krankenversicherung hergestellt wird, werden sich derartige Erscheinungen auch in anderen Bereichen mehren. Die von der LINKEN vorgeschlagene solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, die alle Bürgerinnen und Bürger mit einbezieht, würde ermöglichen, dass die Versicherten gesetzliche Pflichtleistungen wie die Mutter-/Vater-Kind-Kuren auch tatsächlich erhalten.

## Jugendschutz: Wer das ändern will, muss bei den Ursachen ansetzen!

Jugendschutz ist immer erst bei Horrormeldungen wie dem sogenannte Komatrinken, gewaltverherrlichenden Computerspielen oder überhöhten Medien- bzw. Fernsehkonsum ein öffentliches Thema. Dementsprechend gestalteten sich auch die bisherigen Reaktionen der Bundesregierung: schärfere Kontrollmaßnahmen, höher angesetzte Verbote und am Ende sogar der Vorstoß der damaligen Familienministerin, Kinder und Jugendliche zu Kontrolleuren zu machen, die den Zugriff von Minderjährigen auf jugendschutzte Produkte wie Alkohol oder Tabak regeln.

Ausgeblendet bleiben die Ursachen dafür, warum Jugendliche mittels Komasaufen der Realität entkommen wollen oder mit Gewaltvideos die immer brutaler werdende Ellenbogengesellschaft nachspielen. Die Bundesregierung merkt nicht einmal, dass sie mit Hartz IV, Ausbildungsplatzmangel und Jugendarbeitslosigkeit die Grundlagen dafür geschaffen hat, dass viele Jugendliche keine Zukunftsperspektiven mehr sehen.

Wer das ändern will, muss bei den Ursachen ansetzen. Doch wer Jugendhilfe und Jugendklubs zusammenstreicht, Bildung privatisiert und Zukunftschancen einschränkt, darf sich über die Folgen nicht wundern. Die selbst gesteckten Zielen aus dem Koalitionsvertrag sind nicht mehr als die Fortsetzung einer Projektpolitik, die mehr nach dem Zufallsprinzip zu handeln scheint. So fehlt es zum Beispiel weiterhin an einem umfassenden Konzept zur Förderung von Medienkompetenz. Bund und Länder befördern fröhlich Einzel- und Pilotprojekte. Nach wie vor fehlt es an einer systematischen Vermittlung von Medienkompetenz in Kindergärten, Horten und Schulen.

Eine Haushaltspolitik, die bei der Jugendhilfe den Rotstift zuerst ansetzt, Jugendschutzgesetze, die eher auf Verbote, Ausschluss und Zensur, statt auf Partizipation, Prävention und Kommunikation setzen, werden nicht gebraucht - mehr Mittel für Jugendarbeit schon.